

werden die Spaltenzahl oder deren Raum mit 30 Bl., welche aus Halle mit 20 Bl. berechnet sind in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstr. 63, 1. Seite des unteren Erdgeschosses und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Refusieren die Zeile 75 Bl. für Halle und umwärts 1 Bl.

Ercheut täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Sandbühnenstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 63, 1.; Telefon Nr. 590 u. 591.

Saale-Beitrag.

Dreizehnter Jahrgang.

Nr. 148.

Halle a. S., Montag, den 29. März.

1909.

Die Postabkommen der „Saale-Zeitung“ werden dringend gebeten, die Bezugs-Erneuerungen für das nächste Vierteljahr der Post umgehend aufgeben zu wollen, damit sie auf die ununterbrochene Zustellung der Zeitung rechnen können.

Die Expedition der „Saale-Zeitung“.

Die politische Lage.

Heute (Montag) beginnt im Reichstag die Beratung des Etats des Reichsanwalters. Im Sentenzenkontext ist vereinbart worden, daß die auswärtige und die innere Politik getrennt behandelt wird. Zunächst kommt die auswärtige Politik an die Reihe. Der Reichsanwalters wird sich sicherlich über die schwedischen Fragen, insbesondere das Maroffo-Abkommen, die Lage auf dem Balkan und über die im englischen Unterhaus jüngst lebhaft erörterte Frage der Marineerüstungen, äußern.

Die auswärtige Lage ist für Deutschland zurzeit nicht ungünstig. Es ist angucken, daß die deutsche Diplomatie in der letzten Zeit geschickt und erfolgreich operiert hat. Der Abschluß des Maroffo-Abkommens hat auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und damit auf die internationale Lage günstig eingewirkt. Die in aller Stille, aber emsig betriebenen Bemühungen Deutschlands, dem Ausbruch kriegerischer Unruhen auf dem Balkan vorzubeugen, sind nicht ohne Erfolg geblieben. Vor allem aber hat die feste, bestreute Haltung Deutschlands an der Seite Österreichs zur Erhaltung des Friedens wesentlich beigetragen.

Unsere Beziehungen zu England haben sich unabweisbar gebessert, wenn auch bedauerlich ist, daß durch die Erweiterungen im englischen Parlament über die deutschen Marineerüstungen wieder ein Rückschlag eingetreten ist. Auf deutscher Seite ist der Wille, mit England in Frieden und Freundschaft zu leben, so oft und so nachdrücklich betont worden, daß kein objektiver Denker Engländer an der ehrlichen Friedensliebe Deutschlands zweifeln dürfte und alle deutschfeindlichen Behauptungen zurückweisen müßte. Der englische Premierminister hat sich kürzlich auch in diesem Sinne mit aller Klarheit ausgesprochen. Gleichwohl ist eine starke deutschfeindliche Strömung in England vorhanden. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen. Wir haben unsern Willen bekundet, mit der englischen Nation in Freundschaft zu leben, aber wir haben keinen Anlaß, England nahezulegen. Deshalb ist es auch nicht angeeignet, von deutscher Seite die Initiative zur Begrenzung der Seerüstungen zu ergreifen. Das würde uns jegliche als Schwäche ausgelegt werden. Von sozialdemokratischer Seite wird beantragt,

den Reichsanwalters zu ersuchen, unter Hinweis auf die Beschlüsse der Haager Konferenz die erforderlichen Schritte zu tun, um eine internationale Verständigung der Mächte zur gegenseitigen Begrenzung der Rüstungen zur See, sowie zum Verzicht auf das Vorkriegsrecht baldigt in die Wege zu leiten.

Der Grundgedanke des Antrages entspricht auch Liberales Anschauung. Aber der gegenwärtige Zeitpunkt ist der denkbar ungünstigste, um deutscherseits mit Abrüstungsvorschlägen hervorzutreten. Die Freimüthigen werden deshalb, wie wir glauben, dem sozialdemokratischen Antrag ihre Zustimmung verweigern. Von der freimüthigen Fraktionsgemeinschaft wird über die auswärtige Politik Abg. Schrader sprechen, während die Abg. Dr. Ritterer und Hauptmann die Vertretung der Parteien bei der Besprechung der innerpolitischen Lage übernehmen werden.

Die Verhandlungen über die innere Politik des Reiches werden voraussichtlich zu bedeutungsvollen Auseinandersetzungen führen. Es läßt sich annehmen, daß der Reichsanwalters sich auch über die Finanzreform und die parteipolitische Entwicklung der letzten Zeit äußern wird. Auch die Parteien werden Gelegenheit nehmen, ihre Stellung zu der neuerdings gefassten parteipolitischen Konstellation darzulegen. Gegenüber dem Bemühen der Konservativen, die Verantwortung für das Scheitern der Blockpolitik andern Parteien und der Regierung zuzuschreiben, wird sicherlich von liberaler Seite der wahre Sachverhalt energisch betont und die agrarische Begehrlichkeit und Kurzsichtigkeit scharf gezeigelt werden. In einem Artikel der „Kreuzzeitung“, der offenbar für die kommenden parlamentarischen Verhandlungen den Ton angeben soll, wird lang und breit ausgeprochen, daß nicht die Konservativen die Schuld an dem Scheitern der Blockpolitik tragen, vielmehr die Liberalen und die Haltung der Regierung. Darauf wird die erforderliche Antwort erfolgen. Aber in demselben Artikel der „Kreuzzeitung“ wird ausgesprochen, daß die Sprengung des Blocks nunmehr fast unvermeidlich erscheint. Trotz aller Abschwächungsversuche der konservativen Presse steht es fest, daß von konservativer Seite bereits Verhandlungen mit dem

Zentrum angeknüpft waren, bevor den Blockparteien mitgeteilt wurde, daß die Konservativen entlassen seien, auch außerhalb des Blokes eine Mehrheit für eine Finanzreform in ihrem Sinne zu bilden. — Das Blatt des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“, fordert in einem Artikel „Klar zum Kampfe“ die Agrarier, aus der Vertretungsbildung in Bezug auf die Nachschlafsteuer zum Angriff überzugehen. Das ist eine hohe Notwendigkeit, wie das agrarische Blatt sie anzuhängen pflegt, um die Schwäche der eignen Position zu verdeutlichen. Tatsache ist, daß die Stimmung für die Nachschlafsteuer im Lande wie im Parlament ständig wächst, und es kann heute schon mit Sicherheit vorausgesetzt werden, daß bei der zweiten Lesung in der Kommission die Linke bei der Abstimmung über die Nachschlafsteuer nicht mehr allein bleiben wird. Die von der freimüthigen Fraktionsgemeinschaft trotz manchen Widerspruches aus den eignen Reihen beschlossene Taktik in der Frage des Besitzsteuerkompromisses hat sich glänzend bewährt. Diese Taktik hat verhindert, daß die Verantwortung für das Scheitern der Blockpolitik in einem Moment, wo 100 Millionen Besitzsteuer von den Rechtsparteien zugedankt worden sind, den Liberalen aufgeschafft wird; sie hat bewirkt, daß die Agrarier bei der Frage der Vieheschlagsteuer Offenbarung ihrer wirklichen Absichten genügt und dadurch in eine überaus ungünstige Position geraten sind, und sie führt mit Sicherheit dazu, daß die Nachschlaf- und Erbschaftsteuer mit großer Aussicht auf Erfolg erneut auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Fürst Karl Günther von Schwarzburg-Sondershausen

Dresden, 29. März. Fürst Karl Günther von Schwarzburg-Sondershausen ist im Sanatorium „Weißer Hirsch“ bei Dresden gestorben.

Der Fürst litt schon seit Jahren an der Zuckerkrankheit. Bei Lahmann befand er sich zunächst recht wohl; er schaffte sich bei der günstigen Witterung viel Bewegung im Freien. Nach vorgehen bewegte sich der Fürst in den Korridoren der Anstalt, abends aber stellte sich Fieber ein, das ihn auf das Kranken- und dann auf das Sterbebett warf. Bei dem hohen Alter des Patienten und der langjährigen Krankheit war das augenblicklich vom Witterungswechsel beschleunigte Ende unermesslich. Der Fürst schlief sanft und ruhig ein. Am Sterbebette lag seine treue Lebensgefährtin, die Frau Fürstin Marie. Die Leiche des Fürsten wird am Dienstag früh 6 Uhr vom Lahmannschen Sanatorium aus nach dem Neustädter Bahnhof in Dresden übergeführt, wo sie ein bereitstehender Sonderzug zur Fahrt nach Sondershausen aufnehmen wird.

Fürst Karl Günther wurde am 7. August 1830 zu Arnstadt geboren. Er trat nach Verzichtleistung seines Vaters, des 1889 verstorbenen Fürsten Günther, die Regierung am 17. Juli 1880 an, nachdem er vorher als Offizier im preussischen Heere gedient, am Feldzug im Jahre 1866 teilgenommen und als General der Infanterie seinen Abschied genommen hatte. Seine Verbindung mit der Armee blieb dadurch aufrecht erhalten, daß er zum Chef des 3. Königlich-preussischen Infanterieregiments Nr. 71 ernannt wurde. Er war der Senior des fürstlichen Gesamthauses Schwarzburg und Inhaber höchster Ehren, so des Schwarzburg-Ordens, des St. Hubertusordens, Ehrenritter des Johanniterordens für Souveräne usw. Seit dem 12. Juni 1869 war er mit der 1845 geborenen Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg vermählt. Die Ehe ist kinderlos geblieben.

Da mit dem Tode des Fürsten sein Haus in Mannesstamm erlischt, so kommen die beiden schwarzburgischen Fürstentümer Sondershausen und Rudolstadt wieder in eine Hand. Auch Fürst Günther von Schwarzburg-Rudolstadt, der seit 1890 regiert, hat seinen direkten Erben. Infolge dessen wurde im Jahre 1896 Prinz Sizzo von Leutenberg, aus dem Fürstenhause Schwarzburg-Rudolstadt, zum Thronfolger bestimmt. In demselben Jahre wurde er auch als Thronfolger in Schwarzburg-Sondershausen anerkannt. Er ist also der künftige Vererber der beiden Fürstentümer. Prinz Sizzo ist am 2. Juni 1866 in Rudolstadt geboren und ist Herr auf Großhartsa und Goldbach bei Viehshaus. Er ist königlich-preussischer Major à la suite der Armee und hat sich mit Alexandra Prinzessin von Anhalt am 25. Januar 1897 in Dessau vermählt.

Deutsches Reich.

Der „Tempo“ und Kaiser Wilhelm II. Der „Tempo“ bleibt trotz des offiziellen Dementis der Nordd. Allg. Ztg. dabei, daß keine Mitteilung über den Richewehler des Kaisers mit dem Zaren richtig ist. Das Blatt droht schließlich der deutschen Regierung mit Veröffentlichung diskreter Materialien. Das werden wir zunächst in aller Seelenruhe abwarten können.

Ein Trinkspruch des Königs von Sachsen am Karlsruher Hof.

Am Sonnabendabend war in Karlsruher Hof den höchsten Galadiner, bei welchem der König von

Sachsen zwischen dem Großherzog und der Großherzogin von Baden lag. Die beiden Herrscher westeten herzliche Trinksprüche. Der König von Sachsen führte in seinem Toast u. a. aus:

„In unserem gemeinschaftlichen großen deutschen Vaterlande ist es ungemünzt wichtig, daß wir zu den Besitztümern zusammenhalten und zum Wohle des Reiches wie unserer Länder. Gerade in diesen Tagen machen sich Bestrebungen geltend, welche geeignet sind, unsere Stellung im Reiche in einer für uns ungünstigen Art und Weise zu beeinflussen. Es muß unser ganzes ernstliches Verstreben darauf gerichtet sein, diese Bestrebungen als unmöglich zurückzuweisen, damit wir in der Lage sind, bei den immerhin nicht ganz ungetriebenen äußeren Verhältnissen unsere ganze Kraft dem großen Vaterlande weihen zu können. Wir fühlen uns in dieser Hinsicht vollständig einig und einig.“

Die Worte des Königs nehmen Bezug auf die Versuche, die Reichsfinanzreform auf dem Wege der Besetzung der Bundesstaaten durchzuführen, sei es durch unangemessene Erhöhung der Militärbeiträge oder durch Eingriffe in die einzelstaatliche Finanzhoheit.

Das Erbrecht des Reiches.

In dem jüngsten Heft der Zeitschrift „Das Recht“ vom 25. d. Mts. tritt auch Herr Oberlandesgerichtsrat Gehrmann zum Tragen. Er wendet in Besonderen auf Grund seiner Erfahrungen in Jahrzehnten richterlicher Tätigkeit für die Reform des Erbrechts ein. Er schreibt in seiner drastischen Weise kurz und verständlich.

„Die Reform des Erbrechts ist vielleicht eine Erinnerung aus der Praxis von Interesse. In einem der sah man öfters ein altes Fräulein ärmlich gekleidet gehen. Kein Verwandter bestimmte sich um sie, midtägige Leute gaben ihr mehrfach etwas auf der Straße. Da sie einige Zeit nicht gesehen war, suchte man sie in ihrer Wohnung auf, da fand man sie als Leiche auf ihrem Bette, das aus Sandkasten bestand (sich Vater war Rechtsanwalt gewesen) und darunter lagen 350 blaue Zweitalerstücke. Auf Aufforderung in der Zeitung meldete sich ein ganz weitauffiger Verwandter, der das Geld der „lieben Tante“, die er nie genannt hatte, mit Vergnügen eintrifft.“

Derartige Fälle kommen mehrfach vor, in einem anderen ähnlichen Falle sagte ein Anwalt Richter in einem Falle zu einem solchen Erben: „So, bei Vätern heißt es sich nie um ehm kündigt, zu bei dodi is, willst sei ehn inschlachten.“

Die Schmiergebeir.

aus Berlin wird uns geschrieben: Das Schicksal des Geheintwurmes über den unläuteren Wettbewerb dürfte, wie wir hören, von der Verständigung über die Frage der Schmiergebeir abhängen. Wir haben bereits gemeldet, daß die Kommission in der zweiten Lesung Bestimmungen über die gesetzliche Regelung dieser Frage in den Entwurf aufgenommen hat, die erhebliche Bedenken erregen, weil sie zu unberechtigten Denunziationen aller Art Anlaß bieten würden und so einen Zustand der Rechtsunsicherheit erzeugen müßten. Obwohl die Reichsregierung sowohl wie der Bundesrat eine Befämpfung des Schmiergebeirunwesens für dringend erwünscht hält, erscheinen doch die Kommissionsbestimmungen als zu weitgehend. Diese Auffassung dürfte inswischen auch im Reichstage Platz gefaßt haben, wie aus verschiedenen Anträgen hervortritt, die geeignet sind, den Weg zu einer Verständigung zu ebnen. Nach diesen Anträgen soll das unläutere Verhalten des Angestellten ein Bestandteil der Definition dafür sein, ob bei der Bevorzugung eines Konkurrenten in der Vergabung von Aufträgen die Merkmale des unläuteren Wettbewerbs zu finden sind.

Die Entwicklung des Wasserrechtes in Preußen.

Der Entwurf zu einem neuen preussischen Wasserrecht liegt im Ministerium der öffentlichen Arbeiten fertig vor. Wie schon gemeldet, wird das neue Gesetz in der nächsten Tagung den Landtag beschäftigen. Ueber die Entstehung des neuen Entwurfes und der Entwicklung des Wasserrechtes in Preußen erhalten wir nun folgende Darstellung: Erst im Jahre 1905 ging man an der Hand der eingeholten Gutachten an eine Neubearbeitung des Entwurfes. Bis zum Jahre 1907 war ein neuer Entwurf ausgearbeitet, der wiederum den Behörden und Interessenten zur gutachtlichen Beurteilung vorgelegt wurde. Der Binnenwirtschaftsverein, die Landwirtschaftskammern, der Industrieverband und der Verein für Wasserbau haben in besonderen Sitzungen, denen auch Vertreter der Regierung bewohnten, zu dem neuen Entwurf Stellung genommen. Die Hauptaufgabe der Regierung bestand darin, die vielfach entgegenstehenden Wünsche der Interessentengruppen in Bezug auf das neue Wasserrecht zu überbrücken. Insbesondere verurteilte es Schmierigkeiten, einen Ausgleich zwischen den Forderungen der Industrie und der Landwirtschaft zu finden. Dieses Ziel ist nun in kommissarischen Verhandlungen, an denen nahezu sämtliche preussische Reflektoren teilgenommen haben, erreicht worden und es darf angenommen werden, daß das neue Wasserrecht alleseitig Zustimmung finden wird.

Die Ritter in Mecklenburg.

L. C. Die Junter in Ofelbien und die Ritter in Mecklenburg sind königstreue bis auf die Knochen, doch gut verstanden

immer nur nach dem alten Wort: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut.“ Unterjüngt sich der Kaiser, daran zu denken, daß außer den „Besten der Nation“ auch noch das „gemeine Volk“ da ist, das Anspruch auf politische Rechte hat, dann genieren sich die hochgeborenen Herren nicht, die drohende Saute gegen ihren Souverän zu erheben. Die medienbrüderlichen Ritter sind jetzt ganz aus dem Häuschen, daß es der Großherzog gewagt hat, eine Verfassung zu veröffentlichen. Und ist es auch nur ein Gerücht von Konstitution, das die Regierung zu bieten wagt, schon der Gewank, daß außer ihnen jemand anders in politischem „Wohl“ des Landes mitreden darf, noch dazu in einem „Parlament“, regt die rittergesellschaftlichen Grandseigneurs gewaltig auf. In ihrem „heiligen Jörn“ vollführen die Ritter die schärfste Opposition. So erklärt hinsichtlich der Verfassungsfrage Erb Landmarschall von Lüchow, die Seele des Widerstandes der Ritterschaft, in den Konventionen „Medien-Nachr.“:

„Den Reformbestrebungen unserer Regierung ist die Ritterschaft in weitgehendem Maße entgegengekommen. Die Grenze des Entgegenkommens aber ergibt sich da, wo das Wohl des engeren Vaterlandes mit dem Berufswohl nicht leicht durch Reformen als durch Beseitigung der noch jetzt zu Recht bestehenden Verfassung gefährdet erscheint. ... Das gewöhnlichste zu prüfen, hat die Ritterschaft das Recht und die Pflicht, und seine Drohung mit Gewaltmaßregeln, kein feierlicher Ausspruch wird daran etwas ändern.“

Von der Stiernadigkeit dieser Herren könnte und sollte aber das liberale Bürgertum lernen.

Parteinachrichten.

München, 29. März. Der Bundesauschuss der deutschen Volkspartei Bayern hält am 4. April eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen Steuerreform und Organisationsvorfrage.

Parlamentarisches.

Die Lehrerbildungskommission des Herrenhauses

hat ihre Beratungen abgeschlossen. An den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses ist eine Reihe von Veränderungen vorgenommen worden. Danach soll die Alterszulage für Lehrer in den ersten 4 Stufen je 200 Mark betragen, nicht, wie das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, in den ersten beiden Stufen 200, in der 3. und 4. je 250 Mark. Demzufolge soll nach den Beschlüssen der Herrenhauskommission in der 5. und 6. Stufe die Alterszulage je 250 Mk. und in der 7. bis 9. wieder 200 Mk. jährlich betragen. Die Rietsensatzabridung soll in den verschiedenen Ortsklassen eine Herabsetzung von 30 bis 90 Mk. erfahren. Die wichtigste Aenderung aber betrifft den Staatsbeitrag. Nach den Beschlüssen der Herrenhauskommission soll dieser Staatsbeitrag bis zur Höchstzahl von 25 Schulstellen für jede politische Gemeinde gewährt werden. In Schulverbänden mit nicht mehr als 7 Schulstellen wird ein weiterer jährlicher Zuschuss von 135 Mark für die Lehrerstelle und von 70 Mark für die Lehrerinstelle gewährt. Zur Gewährung von Ergänzungsschulstellen an Schulverbände mit 25 oder weniger Schulstellen wird ein Betrag von zunächst 14 Millionen durch den Staatshaushaltsetat alljährlich bereit gestellt (das Abgeordnetenhaus hatte 23,3 Millionen dafür angelegt). Im wesentlichen ist durch die Beschlüsse der Herrenhauskommission in diesen Punkten die Regierungsvorlage wieder hergestellt worden.

Allgemeine Mitteilungen.

Der Speziallandtag für das Herzogtum Gotha nahm gegen die Stimmen der Sozialdemokraten das Gesetz gegen die Güterschlüßerei an.

Der Familientag der Cumberlanden findet im nächsten Monat im Palais des Prinzen Ernst August in München statt. Da wichtige Angelegenheiten zur Beratung stehen, werden auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und Prinz Max von Baden an dem Familientag teilnehmen.

Heer und Flotte.

Abberufung der gegenseitigen Militärattaches.

Paris, 29. März. Der französische Militärattaché in Berlin de la Guiche wird seinen Posten verlassen und ein Frontkommando übernehmen. Es heißt, daß auch der deutsche Militärattaché in Paris v. Mutius seinen Posten verlassen und durch den Obersten v. Winterfeldt ersetzt werden wird.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

62. Sitzung vom 27. März.

Am Ministertische: Dr. Beseler. Vizepräsident Dr. Forch eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Kleine Vorlagen.

Die Gegenentwürfe betr. die Aenderung der Amtsgerichtsbezirke Althamm, Gollnow, Greifenhagen, Stargard i. P., Wittow

und Rummelsburg und betr. die Erziehung von Ortsgerichten im Kreise Altentrichen werden ohne Debatte in dritter Lesung angenommen.

Die Beamtenhaftpflicht.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt.

Abg. Dinolage (Str.):

erklärt, daß seine Partei trotz erheblicher Bedenken für die Vorlage stimmen werde.

Abg. Vetschow (fr. Vgg.):

Eine reichsgerichtliche Regelung wäre uns lieber gewesen. Da wir sie aber nicht erreichen können, werden wir uns mit dem Landesgesetz befassen.

Abg. Bieder (fr.):

begündet eine Resolution, in der die Regierung ersucht wird, Einrichtungen zu vermitteln, durch welche den Gemeinden und Schulverbänden die Haftpflichtversicherung erleichtert wird. Der Redner beantragt, das Gesetz am 1. Oktober 1909 in Kraft zu setzen.

Minister Dr. Beseler:

Eine Notwendigkeit für den Antrag liegt nicht vor. Sollte die Resolution angenommen werden, werden wir den Vorschlag eingehend prüfen.

Abg. Wolsty (nl.):

stimmt den Vorschlägen des Abg. Bieder zu.

Abg. Dr. Erüger-Sagen (fr. Vp.):

wendet sich gegen die Resolution. Die Gemeinden könnten sich schon jetzt gegen Haftpflicht verschern.

Abg. Reinhard (Str.):

Die Prämien bei Privatversicherungsgesellschaften werden aber erheblich höher sein.

Abg. Fröh. v. Erffa (loni.):

Die Resolution ist nicht notwendig. Wenn die darin angegebene Maßnahme erforderlich wäre, müßte sie in das Gesetz aufgenommen werden.

Die Resolution und der Antrag Bieder werden angenommen, ebenso das ganze Gesetz gegen die Stimmen der Konservativen.

Die Gegenentwürfe betr. die Erweiterung des Stadtkreises Klauen und betr. die Verpfändung der Gemeinden in Hessen-Nassau zur Bekämpfung von Viehseuchen werden ohne Erörterung in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend

die Erhöhung des Grundkapitals der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse

von 50 auf 75 Millionen Mark.

Abg. Meisenheim (loni.):

Die Vorlage ist vielfach angegriffen. Die einen sagen: es muß etwas faul sein im Staate Dänemark! Die anderen meinen, 25 Millionen seien zu wenig. Die erste Ansicht, daß die Preussentasse festgehalten sei und mit den 25 Millionen Mark wieder flott gemacht werden müsse, ist mindestens unverständlich. Die Preussentasse ist solide und liquide. Keine Bank in Deutschland ist so günstig gestellt. Ein Teil meiner Freunde glaubt, daß die 25 Millionen nicht ausreichen, um die neuen Aufgaben der Genossenschaft — die Entschuldung der Landwirtschaft, den Bau von Eigenheimen usw. — durchzuführen. Trotzdem werden wir uns auf den Boden der Vorlage stellen. Zahlreiche Vermögensgenossenschaften sind in Not. Aber wir wollen dort nicht eingreifen, um die Sanierungsarbeit nicht zu fördern. Ungeliehliche Freunde haben schon geschadet. Wir wollen nicht das Gleiche tun! (Beifall rechts.)

Abg. Gohlfender (Str.):

Meine Freunde sind für die Erhöhung des Grundkapitals, lehnen aber die Unterabteilung von Lebenslandzentralen durch die Preussentasse direkt ab. Der Redner untersucht die Gründe für einzelne Mißstände im Genossenschaftswesen. Er kritisiert insbesondere, daß die Leiter der Genossenschaften vielfach nicht kaufmännisch vorgebildet sind.

Abg. Winkel (nl.):

Wir sind mit der Tätigkeit der Preussentasse im großen und ganzen einverstanden. Insbesondere begrüßen wir es, daß die Leiter der Preussentasse sich jeder ethischen und konfessionellen Einflußnahme enthalten. Festsetzungen sind bei einem solchen großen Institut natürlich nicht ganz zu vermeiden. Wichtig wäre die Erziehung eines Bewußtseins für Genossenschaftswesen an einer unteren Unterabteilung. Ueber die Zweckmäßigkeit der Beteiligung der Genossenschaften an Entschuldungsgesellschaften sind meine Freunde geteilter Meinung. Die Vorlage erscheint uns schon durch den enorm gesteigerten Umlauf der Genossenschaften und der Preussentasse genügend begründet. Der Antrag Kreth aus der Kommission, das Kapital um 50 Millionen zu erhöhen, scheint uns aber zu weitgehend. (Sehr richtig!)

Abg. Dr. Erüger (fr. Vp.):

Wenn man auf dem Standpunkt steht, daß die 25 Millionen zur Stützung des Status der Kasse nötig sind, daß ihr aber auch noch neue große Aufgaben erwachsen, so müßte man logischer Weise mit Herrn Kreth gleich 50 Millionen Erhöhung fordern. (Abg. Kreth nur ab.) Die Erhöhung des Kapitals bringt manche Gefahren. Sie drängt viele Genossenschaften geradezu hinein in die Fänge des völlig ungelöster Problems, wie dem der Entschuldung. Den Kern unserer Genossenschaftswesen halte ich für durchaus gesund. Aber um den Kern hat sich viel faules festgesetzt, das einen operativen Eingriff wohl rechtfertigt. Die an

die Kasse nicht angeschlossenen Kassen haben sich mindestens ebenso günstig entwickelt, wie die anderen. Ueberhaupt hat sich das Prinzip, die Genossenschaften möglichst von jedem Staatstribut frei zu halten, glänzend bewährt. Der Redner kritisiert die Herabgabe von 200000 Mk. Staatsmittel zur Deduktion der Verlusten der Preussischen Provinzialgenossenschaftskasse. Wenn die Regierung die Schuldeittentanzismus sich heute nicht mehr angebracht. Die Zeiten sind vorüber, daß ein Genossenschaftsleiter sich bescheidet, weil er in seiner Bäckerei Thomasmehl bekommt. (Heiterkeit.) Durch das Genossenschaftswesen wollen wir auch den Arbeiter vorwärts bringen. Jetzt freilich ist ein Teil der Arbeiter bemüht, mit Hilfe der sozialdemokratischen Organisation in die Höhe zu kommen, um dann im Reichstage über ihr zu enden. (Heiterkeit.)

Abg. Kreth (loni.):

Wenn man's so hört, möcht's lieblich scheinen. Herrn Erügers Ausführungen beweisen aber noch nichts gegen unser System. Ich habe eine ganz Depolarelliste von Fällen zu Hause, die gegen die Schuldeittentanzismus sprechen. Die Klagen über Genossenschaftsleiter sind heute nicht mehr angebracht. Die Zeiten sind vorüber, daß ein Genossenschaftsleiter sich bescheidet, weil er in seiner Bäckerei Thomasmehl bekommt. (Heiterkeit.) Durch das Genossenschaftswesen wollen wir auch den Arbeiter vorwärts bringen. Jetzt freilich ist ein Teil der Arbeiter bemüht, mit Hilfe der sozialdemokratischen Organisation in die Höhe zu kommen, um dann im Reichstage über ihr zu enden. (Heiterkeit.)

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse Dr. Heiligenstadt bestreitet, daß die Preussentasse ihre Aufgabe, ausgleichend zu wirken, nicht erfüllt habe. Die Schuldeittentanzismus arbeiten viel teurer. Von einer Zurückführung der Landesgenossenschaften gegenüber den ländlichen Genossenschaften wolle sich die Preussentasse ganz frei. Unser System ist alles andere als hart. Die Liquidität der Preussentasse ließe außer allem Zweifel. Es sei unerschütterlich und ungeschwächt, wie man das Gegenteil behaupten könne. Die Liquidität der Preussentasse sei viel besser als die der Großbanken. Dr. Erüger habe sich ziemlich überflüssig gewiesen den Kopf gebrochen, was die Preussentasse im Falle der Not tun würde. Wir sind auf alles gerüstet. (Beifall.)

Abg. Bulß (Str.):

meint, daß die Genossenschaften keine konfessionellen Gegenstände sein sollen; wohl aber solle der christliche Gedanke Stärke und Kern des Genossenschaftswesens sein. (Beifall im Zentrum.) Wir nehmen das Gute, wo wir es finden — auch vom Abg. Erüger. (Zuruf rechts: Das ist ja ein neuer Block!) Der alte Block ist noch lange nicht kaputt! Es ist nur ein Scheinminder. (Heiterkeit.) Ein Schlussantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Erüger (fr. Vp.),

daß der Präsident der Preussentasse nur um den Kern der Sache herumgeräuscht habe.

Der Gesetzentwurf wird in zweiter Lesung angenommen, ebenso nach kurzer Ausprache der Etat der Genossenschaftskasse. Das Haus vertagt sich auf Montag 11 Uhr: Etat der direkten Steuern, keine Etats, Etat des Finanzministeriums.

Ausland.

Lösung der Krise?

Der Friede scheint gesichert.

Wenn nicht im letzten Augenblick Serbien noch einen Strich durch die Rechnung macht, so hat es tatsächlich den Anschein, daß wir kurz vor der Lösung der gesamten gegenwärtigen Krise stehen. Die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und England haben einen gewöhnlichen Fortgang genommen und auch Frankreich zeigt sich mit den erzielten Resultaten einverstanden, nachdem Rußland bereits vor einigen Tagen sich bereit erklärt hat, die Annexión Bosniens anzuerkennen. Alles wird nunmehr, wie auch aus dem folgenden Telegramm hervorgeht, davon abhängen, ob Serbien endlich Ruhe gibt oder seinen Ehrgeiz in der Anzeigung neuer Schwierigkeiten sucht und findet:

Wien, 29. März. Der hiesige englische Botschafter hat gestern dem Freiherrn v. Mexrenthal eine Note über die englischen Regierung überreicht, in der mitgeteilt wird, daß England dem von Oesterreich vorgelegten Inhalt und Wortlaut der in Belgrad abzugebenden Erklärung seine Zustimmung gebe. Dieser Erklärung haben sich bereits Frankreich und Rußland angeschlossen. England und die anderen Mächte haben alle ihre Vorbehalte fallen lassen. Die Vertreter der Mächte werden heute in Belgrad die zwischen Wien und London vereinbarte Erklärung abgeben und der serbischen Regierung gleichzeitig den Rat erteilen, ihre Erklärung dem Wiener Kabinett zu übermitteln. In folgedessen wird jeder selbständige Akt des Grafen Jorgak unterbleiben. Gleichzeitig wurde auch betriebs der Anerkennung der Annexión und Aufhebung des Artikels 23 des Berliner Vertrages zwischen Oesterreich und den Mächten eine billige Einigung erzielt, wegen der Oesterreich bereit erklärt, die im Artikel 23 des Berliner Vertrages enthaltenen Beschränkungen der Souveränität Montenegros fallen zu lassen. Das Wiener Kabinett wird in den nächsten Tagen mit der Anerkennung der Annexión an die Mächte herantreten. Da Weiterer hängt nur noch davon ab, wie sich Serbien zu den Ratsschlüssen der Mächte stellen und ob es die vereinbarten

H. C. Weddy-Pönicke

Leipzigerstr. No. 6

--- Fernruf No. 292 ---

Elektrische Fahrstühle nach allen Etagen.

Ausstellung von
97 Modell-Bettstellen
von 7.⁵⁰ Mark bis 200 Mark.
Orientalische Teppiche.

**Gardinen
Teppiche
Tischdecken
Diwandecken
Steppdecken**

Steiners
Reform-Betten
in kompletter Ausstattung
von den einfachsten bis zu den elegantesten Modellen.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Verfänger in Wien abgeben wird. Es ist aber anzunehmen, daß die Erfüllung des Friedens gesichert ist.

Die Haltung Serbiens,

von der im Augenblick total abhängig, dürfte sich den Wünschen und Forderungen der Mächte anpassen. Sollte Serbien wider Erwarten die Ratifschlüsse der Mächte nicht annehmen, so setzen die Mächte ihm den Rücken, und Oesterreich-Ungarn muß allein mit ihm fertig werden. Die Kriegsgefahr ist demnach noch nicht völlig beseitigt, aber jedenfalls auf ein Minimum herabgemindert, zumal nach der jetzt endgültig getragenen

Abreise des Kronprinzen Georg.

Eine Sonntag nachmittag in Belgrad erschienenen Sonderausgabe des serbischen Amtsblattes veröffentlicht folgende

Proklamation des Königs Peter:

„An das heilige Volk! Mein Sohn Prinz Georg, der bisherige Kronprinz, fand sich veranlaßt, auf die Rechte und Prärogative eines Kronprinzen, welche er nach der Landesverfassung als mein ältester Sohn hatte, zu verzichten und hat dies als seinen unerlöschlichen Willen bezeichnet. Deshalb habe ich nach Anhörung unseres Ministerrats in Gegenwart des Präsidenten der Stupskina sowie der Präsidenten des Staatsrats und des Kassationshofes beschlossen, die Verzichtleistung des Kronprinzen Georg anzunehmen und die Rechte und Prärogative eines Kronprinzen gemeinsam mit den Rechten der Erbgeburt in Uebereinstimmung mit der Landesverfassung auf meinen jüngeren Sohn Prinz Alexander zu übertragen, indem ich ihn zu meinem Thronfolger proklamiere. Indem ich dies dem serbischen Volke kundgebe, stehe ich den Segen Gottes auf mein künftiges Haus und auf alle meine geliebten Untertanen herab. Peter.“

Diese Proklamation ist von sämtlichen Ministern gegengezeichnet.



In engstem Zusammenhang mit der neuen Wendung im Verlauf der Krise, vor allem mit der veränderten Haltung Rußlands stehen die Gerüchte über den bevorstehenden

Rücktritt Iswolohki.

Petersburg, 29. März. Im Hinblick auf die neueste Wendung der Balkankrise kursieren hier Gerüchte, daß Minister Iswolohki bei seiner vorgestrigen Audienz in Zarsskoi Selo kein Wohlgefallen eingeträchtigt habe. Von informierter Seite wird dazu mitgeteilt, daß es richtig sei, daß der Rücktritt Iswolohki in höherem Kreise beschlossene Sache sei, nur bestehen Schwierigkeiten insofern, als man augenblicklich noch keinen geeigneten Nachfolger wisse. Gleichzeitig verlautet, daß Ministerpräsident Stolypin seinen Urlaub entweder verlängern oder gänzlich aufgeben wird. Als Grund hierfür sind die Intrigen am Hofe anzusehen, die von Mitglieðern der Dumarechts ausgehen und bereits mit aller Schärfe gegen Stolypin im Gange sein sollen.

Neue Unruhen in Prag.

Auch der gestrige Sonntag hat wieder Anschreitungen des tschechischen Proletariats gebracht, über die, wie folgt, berichtet wird:

Prag, 29. März. Auf dem Wenzelsplatz wurden gestern wiederum deutsche Studenten von Tschechen beschimpft und verhöhnt. Als einer der Schreier festgenommen wurde, versuchte die Menge ihn der Polizei wieder zu entreißen, wobei jedoch auf Serbien ausgedrückt wurden. Die Menge wurde hierauf von der Polizei nach der Vorstadt Weinberge gedrängt. Auch hier wurden zwei deutsche Studenten von etwa 200 Tschechen überfallen und einer von ihnen durch einen Schlag so schwer verletzt, daß er zusammenbrach. Im ganzen wurden 7 Verhaftungen vorgenommen.



XLIV. Landtag der Provinz Sachsen.

(Von unserm Spezialberichterstatter.)

Merseburg, den 28. März.

Während draußen der Frühling lockte, versammelten sich heute mittig hier im Ständehaus die Abgeordneten des Landtages unserer Provinz zu einer außerordentlichen Tagung zwecks Erlebigung dringender Fragen. Manchen von der Luft der Jagde und Orden Gebeigens sah man unter den Männern der Provinz, mancher bekannte Name erklang bei dem Austausch der Grüße hin und her vor Beginn der Sitzung, und der weite Saal hallte wieder von den Geräuschen der plaudernden Gruppen. Gegen 1/2 Uhr betrat der Oberpräsident Exzellenz v. Hegelein den Sitzungssaal und verlas unter lautloser Stille des Saales die folgende

Eröffnungssprache:

Hochgeehrte Herren!

Zufolge Allerhöchsten Erlasses Sr. Majestät des Königs vom 1. Febr. d. J. sind Sie zu einer außerordentlichen Tagung des Provinziallandtages der Provinz Sachsen auf

heute hierher berufen worden. Neben einer Anzahl Anträge werden mehrere wichtige Vorlagen Ihrer Beschlußfassung unterbreitet werden.

Das Hochwasserunglück, welches im Februar dieses Jahres über Teile der Provinz, insbesondere aber über einen Teil der Altmark hereinbrach, hat die ganze Provinz aus schmerzlicher Herbit. Ueber die Genue der Provinz hinaus hat dies Unglück die wärmste Teilnahme gefunden. Ganz besonders aber in dem landesväterlichen Herzen Sr. Majestät des Kaisers und Königs. Das Erscheinen Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin im Ueberschwemmungsgebiet der Altmark und die Entsendung seiner E. M. Hohheit des Kronprinzen ebenfalls sind von der notleidenden Bevölkerung auf das dankbarste empfunden worden. Die auf Allerhöchsten Befehl zur Verfügung gestellten Truppenteile haben in treuester Pflichterfüllung und mit altprovinzlicher Bravour den Gefährdeten in den Stunden der Not die tatkräftigste Hilfe geleistet.

In Ihrer aller Namen darf ich für diese Beweise landesväterlicher Fürsorge und Huld von dem heiliggeliebten Landesherren, zu welchem die Provinz Sachsen in unwandelbarer Treue und Ergebenheit aufblickt, den alleruntertänigsten Dank zu flößen legen. Durch die unter dem Protektorat Sr. E. M. Hohheit des Kronprinzen eingeleitete Flüssation der freien Reichstätigkeit sind beträchtliche Mittel zur Binderung der ersten und dringenden Not zusammengebracht. Auch hierfür gebührt dem erlauchten Protektor sowie allen Beranlassern und Gebern der wärmste Dank der Provinz.

Zur Bekämpfung des eigentlichen Notstandes hat die Kgl. Staatsregierung nicht nur bewehrte Mittel für dringlichste Maßnahmen gewährt, sondern auch die weitere Hilfe des Staates in Aussicht gestellt. Der Provinzialverband wird hierzu seinen besonderen Anteil zu leisten haben, und ich zweifle nicht, daß Sie der dahingehenden Vorlage bereitwillig Ihre Zustimmung erteilen werden. Dann ist zu hoffen, daß die durch die Schäden gefährdeten Erzeugnisse im wirtschaftlichen Stande erhalten und die schwersten Kulturjahren werden gebracht werden. Dies wird das aufrichtigste Bemühen der Staatsbehörden bilden, welche ihren Stolz darin setzen werden, diesem zum ältesten Bestand der Monarchie gehörigen schwergeprüften Landesterte wieder zum Wohlstande zu verhelfen und die furchtbare Katastrophe nach Möglichkeit zu beseitigen zu machen.

Ihre fernere Sorge wird der Aufstellung und Neuordnung der Dienstbezüge der Provinzialbeamten gelten; erfordert diese Maßregel auch beträchtliche Neuaufwendungen, so ist sie doch schon angefaßt der haarkassen Beamtenbesoldungsreform geboten und wird längere Zeit alle berechtigten Ansprüche befriedigen. Durch Bewilligung der Vorlage werden Sie sich den Dank der Ihrer Fürsorge anvertrauten Beamten erwerben und sich um die fernere gute und tüchtige Selbstverwaltung der Provinz verdient machen.

Ein neues und in seiner Art erstes Unternehmen bedeutet die Vorlage wegen Einrichtung eines provinziellen Wandearbeitsstättenetzes auf Grund des Gesetzes vom 29. April 1907, womit ein bedeutsamer Schritt auf dem schwierigen Gebiet der Bekämpfung der Wanderbettelei durch Gewährung von Obdach und Beschäftigung durch Arbeitsleistung und durch organisierte Arbeitsvermittlung zugunsten derjenigen Bevölkerungsteile gemacht werden soll, welche mittellos, aber arbeitsfähig sind und außerhalb ihres Wohnortes Arbeit suchen. Stellt dies neue Unternehmen der Provinzialverwaltung und den Kreisen auch mancherlei recht schwierige Aufgaben, so liegt in ihm doch die Auslösung eines fruchtbareren sozialen Gedankens und zugleich die Befestigung des platten Landes von einer namentlich zu Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges schwer empfundenen Plage. Sie werden deshalb die Vorlage einer eingehenden und, wie ich nicht zweifle, wohlwollenden Prüfung von großen Gesichtspunkten aus unterziehen und danach Ihre Entschlieung fassen.

Nachdem schon der vorige Provinziallandtag sich mit einer Förderung der Einführung elektrischer Kraft auf dem Lande und in kleinen Städten durch die Ueberlandzentralen beschäftigt hatte, wird Ihnen nunmehr die Aufnahme einer bedeutenden Provinzialanleihe zugunsten der Provinzialhilfskasse vorgeschlagen, um auf diesem Wege und gemäß den Zusagen dieser Kasse Kredit für die in gesellschaftlicher Form ins Leben tretenden elektrischen Unternehmungen zu gewähren.

Die große Bedeutung der umfassenden Verwendung elektrischer Kraft für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, insbesondere auch die von ihr zu erwartende Milderung des Arbeitsmangels in den landlichen Betrieben einerseits und andererseits die Möglichkeit, diese Unternehmungen ohne eigene Aufwendungen des Provinzialverbandes zu fördern, dürften der Vorlage des Provinzialauschusses freundschaftliche Aufnahme bei Ihnen sichern.

Hochgeehrte Herren! Indem ich dem Wunsch Ausdruck gebe, daß auch Ihre diesmaligen Beratungen unserer Provinz zum Segen gereichen mögen, erkläre ich im Allerhöchsten Auftrag Sr. Majestät des Kaisers und Königs den 24. Provinziallandtag für eröffnet!

Der bisherige Alterspräsident Major v. Busse hat wegen Krankheit nicht erscheinen können. Als nunmehriger Alterspräsident übernimmt Exzellenz Graf Wartenstein, der Präsident der früheren Tagung — „ein festliches und ehrenvolles Zusammentreffen“, wie es der Oberpräsident nannte — den provisorischen Vorsitz und bringt ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser und König aus, in das die Abgeordneten einstimmen.

Der Landtag ist beschlußfähig und konstituiert sich. Graf v. Wartenstein wird zum Präsidenten wiedergewählt und nimmt dankend an. Stellvertreter ist Oberbürgermeister a. D. Schreiber in Magdeburg. Die Abg. v. Heldorf, v. Borde, Kunze und Lohse werden als Schriftführer gemäßt.

Der Präsident genehmt der verstorbenen Abgeordneten seit der letzten Tagung mit ehrenden Worten. Die Abgeordneten haben sich zu ihrem Gedächtnis von den Sigen erhaben. Nach Verlesung der Vorlagen und Wahl der Kommissionen sowie Beteiligung der Beratungen auf die einzelnen Sitzungstage wird die nächste Sitzung auf Montag 10 Uhr angesetzt. Zur Beratung liegt u. a. die Hochwasserunterstützung und Gehälterabfesserung.

Sportnachrichten.

Radsport.

Eröffnung der deutschen Radfahrerkonvention. Am gestrigen Sonntag ging die Eröffnung der deutschen Radfahrerkonvention im Sportpark Leipzig vor sich. Die Hauptkonferenz bildete ein 60-km.-Rennen, das von dem Berliner Schultze in 49 Min. 44 Sek. gewonnen wurde. In der 106. Runde hatte der als Zweiter folgende Bremer Rosenlöcher Dresden gleich im Anfang des Rennens zurück und 2020 Meter hinter dem Sieger. Das Hauptfahren und das Prämiolenfahren wurde eine längere Beute des Treptower Stadts. Er legte mit vielen Rängen im Hauptfahren gegen Prins und Sterba. Das Neulingfahren gewann Skaba gegen Schwende und Buehob.

Fußballspiel.

In Leipzig schlugen Bewegungsspieler Spielvereinigung mit 4:1 und qualifizierten sich damit zu dem Entscheidungslampf um die Gaumeisterschaft, der nun zwischen dem Bewegungsspieler und Wader zum Austrag gelangen wird. Leipziger Wader und Berliner Breußen spielen 1:1 unentschieden.

In Dresden endete Sonntag die Wettspiele wie folgt: Sportklub schlägt Sportklub mit 4:0, Sachsen schlägt Dresden mit 4:0 (Verbandsspiele). Bewegungsspieler schlagen Hohenstein mit 4:1, Brandenburg schlägt Ballspielklub mit 8:5.

In Wien schlug der Gaumeister Bietin die Concordia mit 6:1.

Die Leipziger Britannia wurde Sonntag in Halle im öffentlichen Wettspiel von Halleschen Wader mit 6:2 besiegt. Halbzeit stand das Spiel noch 2:2.

Fußballstädtewettbewerb Wien-Berlin. (Siehe auch Lokales.) Der Fußball-Städtewettbewerb Wien-Berlin in Berlin endete mit dem Siege der Wiener Mannschaft. In der ersten Hälfte des Spieles hatten beide Parteien je ein Tor erzielt, zwei von den Berliner getretene Tore wurden von dem englischen Schiedsrichter als abheft nicht anerkannt. Nach der Pause spielten die Berliner, da Rusefeld wegen einer Verletzung ausfallen mußte, nur noch mit 10 Mann. Die Wiener konnten noch zwei Tore erzielen, während Berlin nur ein Tor diesen beiden entgegenstellen konnte, so daß Wien mit 3:2 siegreich blieb. Auch die Spitze des Pringen Friedrich Leopold mochten dem Kampfe bei.

In München schlug die Spielvereinigung Fürth die Bayern-München mit 4:3.

Unterhaltungsblatt.

Das Kind von Cassar. Von Adolf Mühlend. (Fort.) — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinmann; für das Heuwesen und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Edwin Alexander-Kah; für den Ostseeteil: Friedrich Czibulka; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfasst 12 Seiten — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

Heute gibt's

warme Mondamin - Milchspeise.

Diese Speise, aus guter Milch und Mondamin hergestellt, wärmt und ernährt die Kinder, erfreut Erwachsene als gute Nachspeise oder angenehmes leichtes Abendessen. Man lasse es jedoch gut kochen — 10 Minuten nach der War.

Geschmortes Obst, wie Feigen, Äpfel und Birnen, oder Konerven-Obst eignen sich als Beigabe gut zu warmen Mondamin-Milchpuddings.

Ersprobt Mondamin-Rezepte auf den Paketen à 60, 90 u. 15 Pf.

Teppiche Gardinen Portieren

Tisch- und Diwanddecken, wollene Decken, Stepp-Decken, Reisedecken, Möbelstoffe, Vorträge, Läuferstoffe, felle.

Reichhaltigste Auswahl nur bester fabrikate zu billigst gestellten Preisen.

Orientalische Teppiche.

Bruno Freytag,

Leipzig, Gertrudenstrasse 100, parterre, I. u. II. Etage. Gegründet 1865.

